

Partnerschaft für die digitale Zukunft

[05.07.2022] Die Freie und Hansestadt Hamburg kooperiert künftig mit The New Institute im Bereich Datendemokratie und Nachhaltigkeit. Das erste geplante Projekt nutzt Fahrrad- und Mikromobilitätsdaten. Es soll europaweiten Modellcharakter für die Datenteilung staatlicher und privater Akteure haben.

Hamburg und der Thinktank The New Institute beginnen eine Kooperation im Bereich digitale Demokratie, Datennutzung und Nachhaltigkeit. Darüber berichtet jetzt die Senatskanzlei der Freien und Hansestadt. Im Rahmen eines Letters of Intent sei als erstes Anwendungsbeispiel innerhalb des Programms „The New Hanse“ die Urban Data Challenge Hamburg vereinbart worden. Dabei handle es sich um einen innovativen Ideenwettbewerb, durch den die Verwaltung mit Beteiligung von Start-ups und KMUs einen breiteren Blick auf datengetriebene Lösungen erhalten soll.

Im Rahmen der Urban Data Challenge soll die gemeinschaftliche Nutzung urbaner Daten aus öffentlichen und privaten Quellen gefördert werden, der Schwerpunkt liegt auf den Themen Radverkehr und Mikromobilität. Die Kooperationspartner wollen erreichen, dass Mobilitätsdaten, die von privaten Unternehmen im öffentlichen Raum gesammelt werden, der Stadt und damit mittelbar auch den Bürgern zur Verfügung stehen. Dabei sollen Standards für eine demokratische Daten-Governance, einen privat-öffentlichen Datenaustausch und eine datenbasierte Politikgestaltung gesetzt werden.

Digitale Metropolen sollen sich vernetzen

Das von The New Institute gestartete Programm „The New Hanse“ will gemeinsam mit Hamburg die alte Tradition der Städtekooperation mit neuen Mitteln angehen: ein Netzwerk fortschrittlicher digitaler Metropolen soll der Ausgangspunkt einer gemeinsamen europäischen Initiative zur Förderung einer zukunftsfähigen Demokratie werden, die ihre freiheitliche Verankerung im Digital- und Datenzeitalter gestaltet.

Francesca Bria, die Leiterin des Programms für The New Institute erklärte, ihr Institut wolle mit der Stadt demokratische Standards und Blaupausen für zukünftige Daten-Governance-Modelle und die gemeinsame Nutzung städtischer Daten im öffentlichen Interesse entwickeln. Diese sollten in Hamburg sowie in anderen deutschen und europäischen Städten getestet und repliziert werden können. Der Hamburger Staatskanzlei-Chef Jan Pörksen sagte, er sei überzeugt, dass die praxisnahen Erkenntnisse des Projekts zu Radverkehr und Mikromobilität wichtige Hinweise für die zukünftige Ausgestaltung der Gesetzgebung auf Bundes- und EU-Ebene liefern können.

(sib)